

Politischer Kurzbericht

Anzeichen für einen leichten Wirtschaftsaufschwung in den USA

von

Franz-Josef Reuter

Tim-Alexander Karusseit

Außenstelle Washington der Konrad-Adenauer-Stiftung
Washington, den 07. Oktober 2003

Als Folge des von der amerikanischen Verfassung geschaffenen Schutzes des Privateigentums und der damit einhergehenden ökonomischen Freiheit zeigt die amerikanische Wirtschaft seit jeher eine starke Dynamik und Vitalität. Gerade in den 90er Jahren wuchs sie dank stabiler Geldpolitik und Innovationen im Technologiebereich, verstärkt zudem durch Protektionismus der intellektuellen Eigentumsrechte. Dieses Wachstum wurde aber im Jahr 2001 durch eine Rezession, das Platzen der Technologieblase und sinkende Aktienmärkte abgeschwächt, deren Nachwirkungen bis heute spürbar sind. Auch die Anschläge des 11. September beeinflussten nachhaltig negativ die Wirtschaftsentwicklung in 2001 und 2002.

Im Anschluss an die Rezession 2001 und einem Jahr der wirtschaftlichen Erholung verlangsamte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts seit Mitte 2002, vor allem aufgrund der Unsicherheit eines möglichen Irak-Krieges.

Der Dollar wurde im Laufe des letzten Jahres seit seinem Höchststand in 2002 abgewertet. Mittelfristig betrachtet ist der Dollar aber trotz der Abwertung überbewertet und eine übertriebene Korrektur nach unten ist nicht auszuschließen. Die langfristigen Zinssätze sind, trotz eines Aufschwungs seit Mitte Juni 2003, historisch niedrig. Die niedrigen Zinssätze führen zu einer hohen Nachfrage nach Eigenheimen und dadurch zu steigenden Hauspreisen. Dieses könnte, v.a. wenn langfristig die Zinssätze steigen, wiederum zu einer Krise der Bauindustrie führen, was negative Auswirkungen auf Konsum und Wachstum hätte.

Die heimische Nachfrage ist nach wie vor gering und die Wirtschaft leidet unter hohen Überkapazitäten.

Das Leistungsbilanzdefizit und das Budgetdefizit öffentlicher Haushalte ist ein momentaner Schwachpunkt der amerikanischen Wirtschaft. Das Budgetdefizit wird für das Jahr 2003 auf 6% des Bruttoinlandsproduktes geschätzt - nach einem Budgetüberschuss in Höhe von 1% im

Jahre 2000. Hauptverantwortlich hierfür sind zum einen die Einnahmeneinbußen als Folge der Steuersenkungen des Jahres 2001, zum anderen gestiegene Ausgaben für die innere Sicherheit nach den 11. September- Anschlägen und Ausgaben in Zusammenhang mit dem Irakkrieg.

Die gestiegenen Staatsausgaben haben zwar zu einer kurzfristigen Unterstützung des Aufschwungs geführt, gingen aber auf Kosten einer nachhaltigen mittelfristigen Haushaltspolitik.

Nach dem Ende des Irakkrieges beschleunigte sich das US Wachstum und das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2003 lag deutlich über den Erwartungen, nicht zuletzt auch durch höhere Staatsausgaben (v.a. Verteidigungsausgaben) und einen Anstieg der privaten Konsumausgaben (v.a. Automobilkäufe) und privater Investitionen. Das Wirtschaftsministerium revidierte Ende September zum zweitenmal die Schätzung des Wirtschaftswachstums im zweiten Quartal 2003 nach oben auf 3,3%.

Der Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor schwerfällig, mit einer Arbeitslosenquote von 6,1% im September 2003 nach einem Jahresdurchschnitt von 5,8% in 2002 (8,378,000 Amerikaner). Die Krise am Arbeitsmarkt zeichnet sich im Moment vor allem durch die niedrige Zahl von Neueinstellungen aus, hauptsächlich als Folge der niedrigen Nachfrage und unsicheren Zukunftsperspektiven. Im September 2003 wurden zum erstenmal seit Januar 2003 57,000 neue Jobs geschaffen. Um eine konstante Arbeitslosenquote zu erhalten, müssten aber pro Monat mindestens 150,000 neue Jobs geschaffen werden. Im gleichen Monat gingen 125,000 Arbeitsplätze verloren, so dass sich die Arbeitslosenzahl um 68,000 erhöhte. Zudem verlängerte sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit auf knapp 20 Wochen und liegt damit höher als während der Rezession Anfang der 90er Jahre.

Die durchschnittliche *Dauer von Arbeitslosigkeit* in Amerika liegt bei 19,7 Wochen nach 19 Wochen im August 2003 und 13 Wochen im Dezember 1999. Die Zahl derjenigen, die über sechs Monate arbeitslos gemeldet waren, befand sich im September auf einem Höchststand seit 1992. Trotz dieser Zahlen stiegen die amerikanischen Börsen am 03. Oktober 2003, nach Bekanntgabe der Daten. Der Zugewinn an Jobs im September wurde als hoffnungsvolles Zeichen für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Erholung nach der 2001 Rezession gesehen. Seit 2001 gingen 2,7 Millionen Arbeitsplätze verloren, die schlechteste Entwicklung seit über 20 Jahren.

Die Preise sind stabil, die Inflation liegt unter 2%. In den Jahren 1999-2001 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei 2,86%. Die Unternehmensinvestitionen sind in den letzten Monaten spürbar angestiegen, Auftragseingänge und Auslieferungen haben zugenommen.

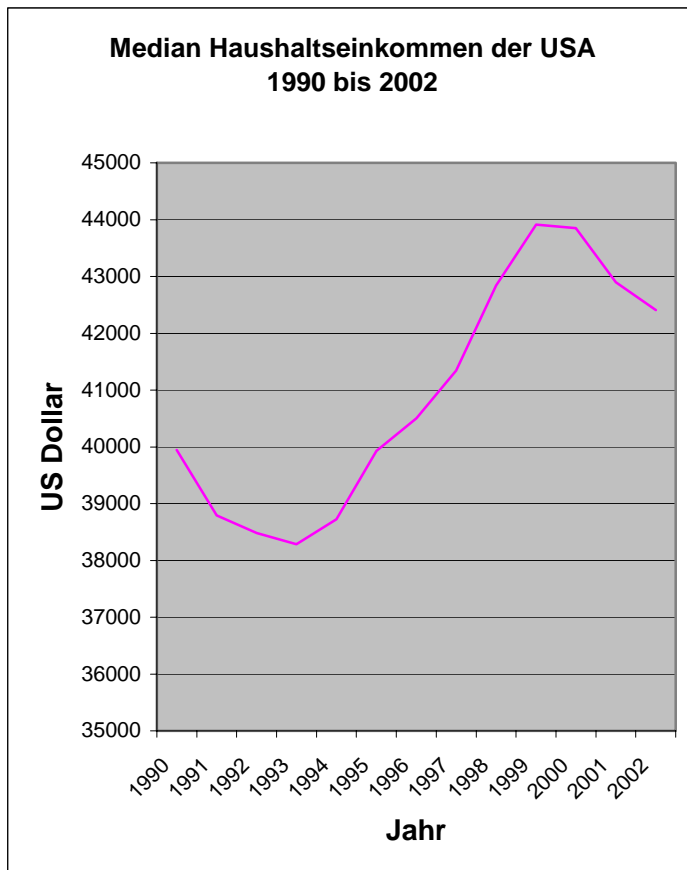
Zukunftsindikatoren wie Verbraucher- und Wirtschaftsvertrauen sind jüngsten Umfragen zufolge positiver geworden. Der IWF erwartet für die zweite Hälfte 2003 und für 2004 einen erneuten Aufschwung, der über den Erwartungen liegen wird. Gehemmt wird dieser Aufschwung durch enorme Überkapazitäten der Unternehmungen und restriktive Unternehmensrichtlinien als Folge der Bilanzfälschungen 2002 (Enron).

Die Steuerpolitik mit zusätzlichen Steuersenkungen (für 2004 in Höhe von \$140 Mrd. vorgesehen) sorgt zudem über gestiegenen privaten Konsum für einen Wirtschaftsaufschwung. Von den Analysten der Deutschen Bank wird für 2004 eine moderate Inflation von 1-1,5%, bis Mitte 2004 konstante und danach steigende Zinsen sowie eine höhere Arbeitsproduktivität in Höhe von 2,5% erwartet.

Das konjunkturbereinigte Haushaltsdefizit dürfte sich im Jahre 2004 auf etwa 3,5% ausweiten (2002: 1,5%). Die Zinsen werden voraussichtlich bis Mitte 2004 konstant bleiben und danach je nach wirtschaftlicher Entwicklung angehoben oder auch weiter gesenkt werden.

Haushaltseinkommen in den USA im Jahr 2003 gesunken

Nach Angaben des U.S. Census Bureau vom 26. September 2003 sank das Median Haushaltseinkommen der USA im Jahr 2002 das dritte Jahr in Folge auf \$42,409 (2001: \$42,900; Inflation berücksichtigt). Im Rahmen einer Umfrage wurden zu diesem Zweck im März 78,000 Haushalte befragt, die offizielle Methode zur Messung von Armutsquote und Einkommen. Das Median Haushaltseinkommen gibt das Einkommen innerhalb eines Kalenderjahres an, bei der eine Hälfte der Amerikaner mehr verdienen und eine Hälfte weniger. Es enthält weder Steuereffekte wie eine Änderung von Steuergesetzen noch nicht-monetäre Sachleistungen wie Essensmarken, Wohnbeihilfen oder betriebliche Krankenversicherung und ist dadurch nur beschränkt aussagekräftig. Das Haushaltseinkommen erreichte im Jahr 1999 aufgrund des wirtschaftlichen Booms einen Höchststand von \$43,915.



Bemerkenswerterweise schloss sich im Jahr 2002 die Einkommensschere zwischen Armen und Reichen und auch die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen erreichte einen Rekordtiefstand. Frauen verdienten im Jahr 2002 77 Cents im Vergleich zu einem Dollar eines Mannes. Das Einkommen sank in allen Bevölkerungsschichten mit Ausnahme von Weißen und Asiaten. Im Mittleren Westen sank das Einkommen um zwei Prozent, während es in allen anderen Staaten nahezu unverändert blieb.

Armutsquote der Vereinigten Staaten in 2003 gestiegen

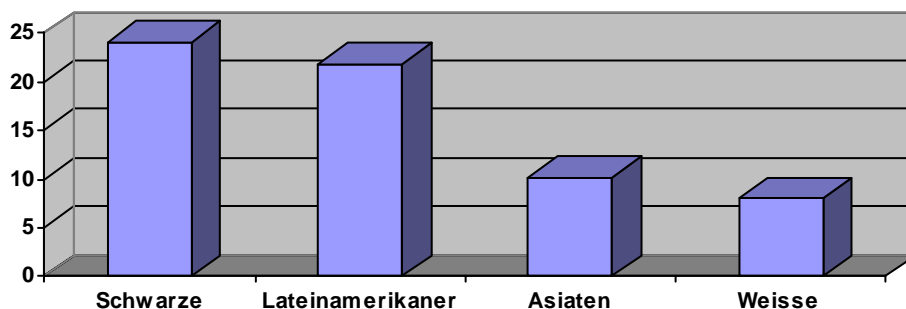
Die Armutsquote lag 2002 bei 12,1% (2001 11,7%) der amerikanischen Bevölkerung. Damit lebten 2002 34,6 Millionen Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze. Im Jahr 2002 fielen somit 1,7 Millionen Amerikaner unter die Armutsgrenze. Die Armutsquote blieb 2002 aber immer noch unter dem Durchschnitt der letzten zwei Dekaden. Die Armutsquote erreichte im Jahr 2000 ihren niedrigsten Stand seit 1974 mit 11,3%.

Die Armutsquote stieg unter African Americans und Bewohnern des Mittleren Westens. Dieses ist im Zusammenhang mit dem Stellenabbau des Verarbeitenden Gewerbes im Automobilbau, im Stahl-, Glas- und Kautschukgewerbe im Mittleren Westen zu sehen. Zudem verzeichnete das U.S. Census Bureau einen Anstieg der Armut unter

Vorstadtbewohnern. Diese Tendenz lässt sich auf Armut-Verminderungsprogramme der US-Regierung zurückführen, bei denen arme Familien in der Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Situation in die Vorstädte nahe der Wirtschaftszentren ziehen. Die Armutsquote von Familien stieg von 9,2% (6,8 Millionen Familien) auf 9,6% (7,2 Millionen Familien). Auch verheiratete Paare fielen 2002 vermehrt unter die Armutsgrenze. Die Armutsquote erhöhte sich zudem in Staaten, die bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2004 stark umkämpft sein werden, wie Arkansas, Illinois, Ohio, Missouri und Florida.

Die Armutsquote der unter 18-jährigen stieg im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr von 16,3% auf 16,7% (2002 12,1 Millionen Kinder, 2001 11,7 Millionen Kinder). Damit fielen 2002 400,000 Kinder unter die Armutsgrenze, mehr als die Hälfte davon Latinos. *Die USA haben somit die nach Mexiko zweithöchste Kinderarmut der OECD-Staaten.* Im Staat New York mit der höchsten Kinderarmut der USA liegt die Quote sogar bei 26,3%.

Bemerkenswert dabei ist, dass die Mehrheit dieser Kinder in den USA mindestens ein Voll- oder Halbzeit beschäftigtes Elternteil haben. Ein Voll- oder Teilzeit-Job reicht also nicht aus, um ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze zu erzielen. Zudem wurde die staatliche Wohlfahrt in den letzten fünf Jahren um knapp die Hälfte gekürzt. Die Armutsquote unter Weißen, Asiaten und Lateinamerikanern blieb 2002 unverändert.



Die

Armutsgrenze in den USA variiert abhängig von der familiären Situation. Einzelpersonen unter 65 Jahren beispielsweise fallen bei einem Einkommen kleiner als \$9359 unter die Armutsgrenze, eine Familie mit zwei minderjährigen Kindern bei einem Einkommen kleiner \$18,244.

Erläuterungen zu Einkommen und Armutsquote

Als Hauptgrund für die genannten Entwicklungen wird die langsame Wiederbelebung der Konjunktur nach der Rezession von März bis November 2001 genannt. Das gesunkene

Einkommen und die gestiegene Armut im Jahr 2002 im Vergleich zu 2001 spiegeln den typischen Verlauf nach dem Ende voriger Rezessionen wider. Ein Jahr nach einer Rezession wird die höchste Armutsquote und das niedrigste Haushaltseinkommen gemessen.

Für das zweite Halbjahr 2003 wird ein starkes Wirtschaftswachstum in Höhe von fünf bis sechs Prozent prognostiziert. Dieses starke Wachstum hat sich bis jetzt noch nicht auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt, welcher auch in den letzten Monaten eine negative Tendenz verzeichnete. Die Arbeitsmarktsituation könnte sich aufgrund von weiteren Entlassungen in der verarbeitenden Industrie sogar noch verschlechtern. Gerade eine Verschlechterung der Jobsituation wirkt sich laut Experten negativ auf die Armutsentwicklung aus und vice versa.

Die Zahlen der Einkommens- und Armutsentwicklung wurden am Freitag, den 26. September 2003, veröffentlicht, in der Hoffnung, dass sich die schlechten Nachrichten über das Wochenende abschwächen. Das U.S. Census Bureau bestritt jegliche Absicht und führte den späten Erscheinungstermin auf interne Verzögerungen zurück. Fakt ist jedoch, dass die Veröffentlichung der Zahlen in eine Periode fällt, in der die Umfragewerte für *George W. Bush* die niedrigste Zustimmung seiner Amtszeit zeigen, und das 13 Monate vor der nächsten Präsidentschaftswahl.

Die *Republikaner* betonten im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Zahlen, dass die Wiederbelebung der Wirtschaft in den letzten Monaten deutlich an Fahrt gewonnen hätte und dass dieser Trend zu mehr Jobs und weniger Armut führen werde. Von Seiten der Republikaner wurde auch deutlich gemacht, dass der Abwärtstrend des Haushaltseinkommens bereits vor der Übernahme der Regierung durch *George W. Bush* im Jahre 2000 begann und im Jahre 2002 noch schlimmer hätte ausfallen können. Auch im Vergleich mit vorherigen Rezessionen sei der Anstieg 2002 im Vergleich zu 2001 nur marginal. Zudem sei das Haushalteinkommen inklusive Steuerbelastung und anderer nicht-monetären Beihilfen konstant geblieben. Hätte es nicht die Steuererleichterung der *Bush*-Regierung im Jahre 2001 und Erhöhungen der staatlichen Essens- und Wohnbeihilfen gegeben, wären die Zahlen dramatischer ausgefallen.

Von Seiten der *Demokraten* hingegen wurde angemerkt, dass Präsident *Bush* trotz Abwärtstrend der Wirtschaft nur Fortschritt sehe. Auch die Steuersenkungen hätten keine Arbeitsplätze geschaffen.